

Antrag auf Durchführung einer Mitgliederbefragung gemäß § 21a der Bundessatzung

Sehr geehrte Damen und Herren des Bundesvorstands,

gemäß § 21a der Bundessatzung der Freien Demokratischen Partei beantragen wir hiermit die Durchführung einer Mitgliederbefragung zu folgender Fragestellung:

Soll die FDP sich für die ersatzlose Abschaffung des § 188 Strafgesetzbuch (StGB) einsetzen und daher der FDP Bundesvorstand allen Vertretern und Vertreterinnen der Partei empfehlen, sich diese Positionierung auch im persönlichen Handeln zu eigen zu machen?

Begründung:

Der § 188 StGB stellt einen Sondertatbestand zum Schutz von Personen des politischen Lebens dar. Er privilegiert eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe – insbesondere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger – gegenüber anderen Bürgerinnen und Bürgern im Hinblick auf Ehrenschatz und Meinungsäußerung.

Wir sehen hierin einen Widerspruch zu den liberalen Grundprinzipien der Gleichheit vor dem Gesetz, der Freiheit der Meinungsäußerung und der Zurückhaltung des Staates bei der Kriminalisierung politischer Auseinandersetzung.

Die Abschaffung des § 188 StGB würde aus unserer Sicht die Gleichbehandlung aller Personen im Strafrecht stärken und einen klaren Akzent gegen politische Sonderrechte setzen, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind.

Anliegen der Befragung:

Mit dieser Mitgliederbefragung soll ein aktuelles und grundrechtsrelevantes Thema in die innerparteiliche Debatte getragen werden. Die Rückmeldung der Basis bietet dem Bundesvorstand und dem Bundesparteitag eine wichtige Orientierung für die programmatische und rechtspolitische Positionierung der FDP.

Wir bitten Sie, gemäß § 21a Abs. 1 die Mitgliederbefragung auf Bundesebene in die Wege zu leiten und organisatorisch umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Name, Vorname:

Anschrift:

Mail-Adresse:

Ich bin Mitglied im FDP Kreisverband:

Datum, Ort, Unterschrift: